Detailansicht des Registereintrags

Deutscher Bundesverband für Logopädie e.V. (dbl)

Aktuell seit 23.11.2026 13:57:13

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000449
Ersteintrag:	14.02.2022
Letzte Änderung:	23.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	16.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Berufsverband
Kontaktdaten:	Adresse: Augustinusstraße 11b 50226 Frechen Deutschland Telefonnummer: +492234379530 E-Mail-Adressen: info@dbl-ev.de kirchner@dbl-ev.de Webseiten: www.dbl-ev.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
600.001 bis 610.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
6,09

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dagmar Karrasch**
   Funktion: Vorstandsvorsitzende des dbl-Bundesvorstands/Präsidentin
2. **Heidemarie Büchner**
   Funktion: stellvertretende Vorstandsvorsitzende des dbl-Bundesvorstands/Vizepräsidentin
3. **Annika Hecht**
   Funktion: Schatzmeisterin
4. **Stefan Kirchner**
   Funktion: Geschäftsführer

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (10):

1. **Antje Krüger**
2. **Dietlinde Schrey-Dern**
3. **Martin Schotte**
4. **Sara Herzel**
5. **Stephan Olbrich**
6. **Sarah Leder**
7. **Dagmar Karrasch**
8. **Heidemarie Büchner**
9. **Annika Hecht**
10. **Stefan Kirchner**

Gesamtzahl der Mitglieder:
7.967 Mitglieder am 27.05.2026, davon:
7.874 natürliche Personen
93 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (14):

1. Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V. (BVPG)
2. Bundesverband für die Rehabilitation der Aphasiker e.V.
3. Kindernetzwerk e.V.
4. Hochschulverbund Gesundheitsfachberufe e.V. (HVG)
5. Die Deutsche Vereinigung für Rehabilitation (DVfR) e.V.
6. International association of communication sciences and disorders (IALP)
7. Vereinigung für interdisziplinäre Frühförderung e.V. (VIFF)
8. Spitzenverband der Heilmittelverbände (SHV) e.V.
9. Deutsche Gesellschaft für Verbandsmanagement e.V. (DGVM)
10. AK Berufsgesetz
11. Bündnis Therapieberufe an die Hochschulen

12. Netzwerk Berufe im Gesundheitswesen (Netzwerk BiG)
13. Interessengemeinschaft Bayrischer Heilmittelverbände e. V. (I.B.H.)
14. Interessengemeinschaft Heilmittelerbringer im G-BA (IG Heilmittel)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (17):
Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Berufliche Bildung; Hochschulbildung; Schulische Bildung; Vorschulische Bildung; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Kinder- und Jugendpolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung; Seniorenpolitik; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Krankenversicherung; Pflegeversicherung; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Durch direkte Anschreiben, Stellungnahmen, Positionspapiere und berufspolitisch ausgerichtete „Get-Together“ (Telefonate, Gespräche, parlamentarisches Frühstück/Abende usw.) wird unmittelbar der Kontakt mit Politikerinnen und Politikern, insbesondere Mitgliedern des Deutschen Bundestages (Bundesgesundheitsausschuss), und Bundesministerien (Bundesgesundheitsministerium) gesucht. Ziel der Interessenvertretung ist es, die Sichtbarkeit der Logopädie als wichtigen Bestandteil der medizinisch-therapeutischen Patientenversorgung in Deutschland nachhaltig und verstetigend sichtbar zu machen. Mit seiner fachlichen Expertise bringt sich der dbl als Fach- und Berufsverband aktiv in gesetzgeberischen Prozessen ein, um die beruflichen Rahmenbedingungen sowohl für die in Ausbildung Stehenden als auch für die in der Logopädie Tätigen grundlegend und fortlaufend weiterzuentwickeln und somit die Entwicklung der Profession voranzubringen und zukunftsfähig zu halten. Der Verband nutzt die Interessenvertretung dazu, die Bedarfe und Bedürfnisse einer modernen Patientenversorgung mit logopädischen Therapien sicherzustellen, an internationale, evidenzbasierte Standards anzuknüpfen und die Standards auszubauen. Der Verband setzt sich für Maßnahmen ein, die die Attraktivität des Berufes stärken und dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Neben dem jährlichen Verbandskongress werden Austausch- und Informationsveranstaltungen organisiert, zu denen regelmäßig auch Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Bundesgesundheitsministeriums eingeladen werden, um diese von unseren Positionen zu überzeugen.

Konkrete Regelungsvorhaben (12)

1. **KHVVG, Einbeziehung der Logopäd*innen in Leistungsgruppen, Vorhaltepauschalen sowie im Ausschuss**

   Beschreibung:

Der dbl fordert, dass im Zuge der Krankenhausreform und den hierin vorgesehenen Leistungsgruppen und den sich hieraus ergebenden Vorhaltepauschalen neben ärztlichem Personal und Pflegepersonal auch die weiteren in Kliniken tätigen Heilberufe (hier: der Logopädinnen und Logopäden) einbezogen werden. Dies erfordert auch ihre Beteiligung an der Fortentwicklung der Leistungsgruppen in den hierfür vorgesehenen Gremien.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 235/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG)
Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG) (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/13407 (Vorgang) [alle RV hierzu]
a) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksache 20/11854, 20/12894, 20/13059 Nr. 4 - Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG) - b) zu dem Antrag der Abgeordneten Martin Sichert, Jörg Schneider, Dr. Christina Baum, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD - Drucksache 20/5550 - Geburtshilfe in Deutschland flächendeckend sicherstellen - Fehlanreize beseitigen - c)...

Zuvor:
Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2405210013** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 30.04.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. **GVSG, Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch, Reform des G-BA, Prüfvereinbarungen**

Beschreibung:
Der dbl fordert:
Durch die Prüfvereinbarungen gemäß § 106b Absatz 2 SGB V darf der Leistungsumfang der Heilmittelrichtlinie in § 92 Absatz 1 Nr. 6 in Verbindung mit § 92 Absatz 6 SGB V nicht eingeschränkt werden, zum Beispiel durch Vorgaben zur Art, Menge und Umfang in den Heilmittelvereinbarungen nach § 84 SGB V auf Landesebene.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 234/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune (Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz - GVSG)
Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune (Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz - GVSG) (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/11853 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune (Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz - GVSG)
Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune (Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz - GVSG) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

3. **Einziehung der gesetzlichen Zuzahlungen gemäß § 43c SGB V durch Leistungserbringer**

Beschreibung:
Leistungserbringer haben Zahlungen, die Versicherte zu entrichten haben, einzuziehen und mit ihrem Vergütungsanspruch gegenüber der Krankenkasse zu verrechnen, 43c Abs 1, Satz 1 SGB V. Der dbl fordert, die Leistungserbringer von dieser bürokratischen Verpflichtung zu befreien. Die Eigenanteile sind von den jeweiligen Kostenträgern selbst zu verwalten und zu vereinnahmen. Ebenso fordert der dbl, die Angemessenheit der Höhe der Eigenbeteiligung und den Nutzen sowie die potentiell damit verbundenen Risiken, Patienten von notwendigen Therapien abzuhalten, zu überprüfen.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

4. **Direktzugang zur logopädischen Versorgung für Patientinnen und Patienten**

Beschreibung:
Der dbl fordert die Einführung des Direktzuganges und Abschaffung des Arztvorbehaltes in der Erbringung logopädischer Leistungen. Gemäß SGB V (u.a. §§ 15 und 28) besteht für die Erlaubnis zur Leistungserbringung von Logopädinnen und Logopäden der sog. Arzt- bzw. Zahnarztvorbehalt. Ähnliches ergibt sich auch aus dem HeilpraktikerG. Dies bewirkt, dass logopädische Therapieleistungen nur aufgrund einer ärztlichen oder zahnärztlichen Verordnung oder einer Verordnung eines Heilpraktikers oder einer Heilpraktikerin erbracht werden dürfen (sog. veranlasste Leistungen).

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 5 [alle RV hierzu]; HeilprG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

5. **Berufsgesetznovellierung im Bereich Logopädie/Sprachtherapie**

Beschreibung:
Der dbl fordert die primärqualifizierende hochschulische Ausbildung als einzige Ausbildungsform in der Logopädie/Sprachtherapie und damit die Vollakademisierung. Dieser Forderung soll durch eine Berufsgesetznovellierung im Bereich der Logopädie /Sprachtherapie nachgekommen werden. Das seit 1980 bestehende Logopädengesetz (LogopG) entspricht nicht mehr den aktuellen Anforderungen des Berufsfeldes. Die Berufslandschaft der Heilberufe in der Logopädie/Sprachtherapie ist zersplittert und gekennzeichnet durch ein Nebeneinander von berufsfachschulischer und hochschulischer Ausbildung mit 12 unterschiedlichen Ausbildungsprofilen (SGB V §124 Abs. 1 Nr. 1).

Betroffenes geltendes Recht:
LogopG [alle RV hierzu]; LogAPrO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Hochschulbildung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

6. **Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG)**

Beschreibung:
Wir fordern gemeinsam mit anderen Fachverbänden, dass die angekündigten Änderungen am WissZeitVG die Besonderheiten der Kleinen Fächer berücksichtigen und keinen Schaden verursachen. Insbesondere soll die Drittmittelbefristung als eigenständiger Befristungsgrund klar erhalten bleiben und von der Qualifizierungsbefristung getrennt werden. Außerdem

darf die Höchstbefristungsdauer von 6+6 Jahren nicht weiter verkürzt werden, da dies den Druck erhöht und Fachkräfte aus dem System drängt.

Zusätzlich braucht es bundesweit einheitliche Regelungen zu HiWi-Verträgen, Elternzeit und familienbezogenen Verlängerungen. Nur so bleiben die Kleinen Fächer als wichtiger Teil der deutschen Wissenschaftslandschaft langfristig handlungs- und zukunftsfähig.

Betroffenes geltendes Recht:
WissZeitVG [alle RV hierzu]; WissBdVV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Hochschulbildung [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2601260015** (PDF - 6 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 26.01.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) [alle SG dorthin]

2. **SG2607260001** (PDF - 4 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 16.06.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) [alle SG dorthin]

7. **Forderungen und Ziele des dbl in der Dysphagieversorgung**

Beschreibung:
Selbstständige Durchführung der flexiblen endoskopischen Evaluation des Schluckakts (FEES) durch zugelassene Logopädinnen – sowohl im stationären als auch im ambulanten Setting.

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 5 [alle RV hierzu]; LogAPrO [alle RV hierzu]; LogopG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2604290009** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 29.04.2026 an:

   Bundestag
   Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
   Gremien [alle SG dorthin]
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

8. **Änderungen einzelner Regelungen des Beitragsstabilisierungsgesetzes (BStabG)**

   Beschreibung:
   Für den Heilmittelbereich wird insbesondere die Rückkehr zur Grundlohnsummenbindung zusätzlich zu einem Abschlag von 1 % für die Jahre 2027 bis 2029 abgelehnt. Die Analyse des dem Gesetzentwurf zugrundeliegenden Berichts der Finanzkommission Gesundheit zeigt, dass sowohl die Beschreibung des Problems als auch die daraus abgeleiteten Maßnahmen in wesentlichen Punkten nicht tragfähig sind und bei deren Umsetzung zurück zu einer strukturell unausgewogenen Belastung und Unterfinanzierung des Heilmittelbereichs führen. Der Gesetzgeber sollte bei der Bewertung der Maßnahmen deshalb die Versorgungsrealität im Blick behalten und die heute schon bestehenden Ungleichgewichte nicht zusätzlich verstärken.

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 21/7016 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   a) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksachen 21/6130, 21/6559 - Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz) - b) zu dem Antrag der Abgeordneten Martin Sichert, Dr. Christina Baum, Carina Schießl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD - Drucksache 21/2036 - Akute Not der gesetzlichen Krankenversicherung lindern - Vollständige Finanzierung der Beiträge für Bürgergeldempfänger durch den Bund...

   Betroffenes geltendes Recht:
   SGB 5 [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]

9. **Maßgebliche Heilmittelverbände in den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA)**

   Beschreibung:
   Es wird angestrebt, dass der deutsche Bundesverband für Logopädie und die übrigen Maßgeblichen Verbände der Heilmittelerbringer nach § 125 SGB V Sitz und Stimme im Gemeinsamen Bundesausschuss erhalten.

   Betroffenes geltendes Recht:
   SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]

10. **Startchancen- und Qualitätsentwicklungsgesetz, SCQEG**

Beschreibung:
Eine frühzeitige und qualitätsgesicherte Erfassung sprachlicher Entwicklungsverläufe und die daraus resultierende rechtzeitige Ableitung gegebenenfalls notwendiger geeigneter Unterstützungsangebote wie Sprachförderung oder Sprachtherapie sind aus Sicht des dbl wesentliche Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bildungsbiografie von Kindern und späteren Erwachsenen. Daher ist die Expertise der Logopädie/Sprachtherapie in besonderer Weise einzubeziehen.

Referentenentwurf:
Gesetz zur Verbesserung der Startchancen von Kindern und zur Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung (KiTa-Startchancen- und -Qualitätsentwicklungsgesetz - SCQEG) (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 23.07.2026
Federführendes Ministerium: BMBFSFJ [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 8 [alle RV hierzu]; KiQuTG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]; Vorschulische Bildung [alle RV hierzu]

11. **Anpassung des Gesetzes für Daten und digitale Innovation im Gesundheitswesen (GeDIG)**

Beschreibung:
Der dbl unterstützt das Ziel des Regelungsvorhabens digitale Prozesse weiterzuentwickeln, die Interoperabilität zu verbessern und den Austausch versorgungsrelevanter Daten zu erleichtern.
Für die Heilmittelversorgung kommt es dabei entscheidend darauf an, dass digitale Anwendungen einen konkreten Nutzen im Versorgungsalltag schaffen. Sie müssen Abläufe vereinfacht, Kommunikation erleichtert und administrative Belastungen reduziert werden. Neue digitale Verfahren dürfen nicht lediglich bestehende Prozesse abbilden oder neue Dokumentations- und Nachweispflichten schaffen. Heilmittelerbringer müssen in digitalen Versorgungsstrukturen in gleichem Maße wie Ärzte und weitere Leistungserbringer berücksichtigt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/8279 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes für Daten und digitale Innovation im Gesundheitswesen
Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

12. **Verankerung von Planetarer Gesundheit in den Berufsgesetzen und in den Ausbildungs- und Studienordnungen und in der Weiterbildung**

Beschreibung:
Der dbl fordert die Verankerung von Planetarer Gesundheit als Querschnittsthema in den Berufsgesetzen bzw. in den Ausbildungs- und Studienordnungen und dementsprechend die Integration umwelt- und klimasensibler Handlungsoptionen in Rahmencurricula für Aus-/Weiterbildung.

Betroffenes geltendes Recht:
LogopG [alle RV hierzu]; LogAPrO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Hochschulbildung [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Schulische Bildung [alle RV hierzu]; Seniorenpolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611230010** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 23.11.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]
   Organe [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
2.410.001 bis 2.420.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gewinn-u-Verlustrechnung-Bilanz_dbl-2025-gs.pdf